

Leben, Lernen, Lieben – Familienentwürfe junger Menschen in sozialen Brennpunkten und deren Förderung

Im Folgenden wird der Aufbau und die Lebensführung einer typischen jungen Familie vorgestellt. Der Beitrag beschreibt die junge Familie als einen partnerschaftlichen Verbund mit innerem Austausch, gemeinsamer Lernfähigkeit und wechselseitig beeinflusstem Verhalten. Die jungen Partner betrachtet er als Akteure/innen in ihren Lebenswelten, die ihre Lebenslagen mitgestalten und für Angebote der Bildung und Beratung, der Förderung und Teilhabe grundsätzlich erreichbar sind.

Beleuchtet wird die schwierige Situation vieler junger Familien in benachteiligten städtischen Sozialräumen und beschädigten sozialen Milieus. Erörtert werden Armutslagen und Armutstypen. Auf diesem Hintergrund wirbt der Autor für eine sowohl präventive wie nachgehende Förderung junger Familien in deren Lebensräumen und entwirft hierfür ein infrastrukturelles Konzept. Dieses soziokulturelle Konzept kann als Ansatz einer kommunalen Familienpolitik in problembeladenen Sozialräumen gesehen werden, die insbesondere in der zweiten Phase des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ umgesetzt werden könnte. Der Autor setzt sich für eine Offensive der Bildung und Beratung für Familien in benachteiligten Sozialräumen ein. Vorgeschlagen werden eine erneuerte Eltern- und Familienbildung, eine intensiviertere Familienpflege und ein gesundheitliches Präventionsprojekt – Maßnahmen, die insbesondere junge Familien und deren Kinder erreichen. Entworfen wird ein Fächer an Möglichkeiten wirtschaftlicher Bildung und Beratung. Für junge Familien in benachteiligten Lebensräumen besonders geboten erscheinen Angebote einer präventiven Einkommens- und Budgetberatung und einer leistungsfähigen Schuldnerberatung.

Bleiben wir zuversichtlich. Junge Menschen können vieles erwerben: Fähigkeiten zu lernen, zu leben und zu lieben. Selbstverständlich und mühelos ist dieser Erwerb freilich nicht. An uns liegt es, jungen Menschen immer wieder von neuem Chancen zu vermitteln und sie zu ermutigen, zu lernen, zu leben und zu lieben.¹ Dazu dient auch der Dialog dieses Fachforums.

1. Selbständige Akteure/innen in beschädigten Milieus

Die Themen dieses E&C-Fachforums und meiner Einführung sind brennend aktuell. Sie drehen sich um die Selbstorganisation junger Familien in infrastrukturell benachteiligten Sozialräumen, weniger tragenden als belastenden Lebensumgebungen in beschädigten sozialen Milieus. Schwierige und schwierigste Lebensbedingungen finden sich in hunderten städtischen Quartieren mittlerer und großer Städte. In solchen Stadtteilen konzentrieren sich Haushalte mit Niedrigeinkommen oder einem Migrationshintergrund, Haushalte mit Bildungsdefiziten und in wirtschaftlicher Armut, Haushalte, die Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung besitzen. Trotz dieser negativen Merkmale handelt es sich zumeist um Haushalte, deren Mitglieder in ihren Lebenswelten als Akteure/innen auftreten, die ihre Lebenslagen mitgestalten wollen und adäquate Angebote aufgreifen können.

Diese Haushalte sind mit der Bewältigung ihres täglichen Lebens vollauf ausgelastet und sehen für die Zukunftsorientierung ihres Lebens wenige Spielräume. Eine sensationelle Botschaft inmitten der demografischen Tristesse ist, dass diese problembeladenen städtischen Quartiere vergleichsweise „jung“ sind, dass in diesen viele Kinder und Jugendliche aufwachsen, dass sich dort Paarbeziehungen und Partnerschaften zwischen jungen Frauen und Männern bilden, dass Haushalte in dem Willen entstehen, Leben gemeinsam zu bestehen, dass Kinder geboren werden, um die sich Eltern in vielfältig beeinträchtigten Milieus zu sorgen haben. Die Herausforderung der kommunalen Zivilgesellschaften wie der Kommunalpolitiken – und sicher auch der Politiken der Länder und des Bundes – besteht darin, diese „jungen“ städtischen Quartiere nicht preiszugeben und die jungen Familien mit ihren Kindern nicht allein zu lassen. Eine anhaltend mangelnde Integrationsfähigkeit der kommunalen Zivilgesellschaften wäre für die Zukunftsfähigkeit der gesamten Gesellschaft ein verheerendes Signal.

2. Evas und Adams junger Familienhaushalt

Versuchen wir uns generalisierend einer jungen Familie zu nähern, nachdem Eva und Adam sich entschieden hatten, gemeinsam zu leben – mit oder ohne Trauschein –, „zusammen zu spannen“ und den „Karren“ eines gemeinsamen Haushalts mit vereinten Kräften zu ziehen.

1) Frank Bertsch, Eine Familienpolitik für junge Familien, in: NDV Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Juni 2004.

Sie werden sich mögen und einander trauen, persönliche Selbständigkeit und Bindungsfähigkeit entwickelt haben, in Maßen lernfähig sein und gelernt haben, Risiken und Chancen des täglichen Lebens abzuwägen. Ihre Partnerschaft verspricht tragfähig zu bleiben, wenn sie sich wechselseitig den Rücken stärken und sich wechselseitig unterstützen. Sie bilden dann in Abstufungen auch eine Emanzipationsgemeinschaft. Nehmen wir an, dass Eva und Adam ein Alter zwischen zwanzig und 35 Jahren und eine Tochter im Vorschulalter haben. Eva wird in der frühen Familienphase bestrebt sein, Adam in das Familienleben einzubeziehen und an der Haushaltsarbeit zu beteiligen. Zumindest im Hinblick auf die handwerklichen Arbeiten wird ihr das gelingen. Sie wird bemüht sein, Zeitbudgets zu koordinieren und ein gemeinsames Leben zustande zu bekommen. Adam wird bestrebt sein, Familieneinkommen zu sichern und den Rücken für berufliche Engagements frei zu behalten. Dies kann heute auch umgekehrt bei ihr der Fall sein.

Häufig werden sich beide in einem vergleichbaren Dilemma zwischen Familienleben und Erwerb befinden – wenn sie nicht gerade von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Hinsichtlich der Work-Life-Balance werden beide – wenn sie Arbeit haben – in einem Spannungsverhältnis leben, das sich auch bei einer Regelung der Kindertagesbetreuung ihrer Tochter nur teilweise auflösen wird. Eva wird dem Kind näher stehen und auf dessen Betreuung, Erziehung und Bildung einen überwiegenden Einfluss ausüben. Auf Adam wird dies seltener zutreffen. Eva wird auf die Kultur des täglichen Lebens häufig einen größeren Einfluss ausüben als Adam: auf die Ausgewogenheit von Arbeit, Ernährung, gesundheitlicher Vorsorge und Freizeitgestaltung und das Maß an emotionaler Zuwendung und externer kommunikativer Vernetzung. Die Nutzung der neuen Informationstechnologien liegt in Paarhaushalten eher auf Adams Seite. Adam wird auch häufiger den beanspruchten sozialen Status definieren. In der Kontrolle über die knappen Finanzen des Haushalts werden beide immer wieder einmal konkurrieren. Adam dürfte sich dabei auf ein höheres Erwerbseinkommen, Eva auf ihre faktische Verantwortung für den Haushalt berufen.

3. Niveaus der Ressourcenkombination im Alltag

Evas und Adams junger Familienhaushalt kombiniert in der täglichen Lebensbewältigung humane, materielle und soziale Ressourcen. Man sagt dies leichthin. Haushaltsführung und Ressourcenkombinierung sind in Wahrheit einzigartige humane Kompetenzen und ein im Einzelnen sehr komplexer Vorgang des sich Ein-

lassens (Involvierens), Entscheidens und Handelns. Eva und Adam können diesen Vorgang lernen, einüben und verbessern. Bei einem jungen Familienhaushalt wird die Ressourcenkombination durch Bildung und Beratung stets zu verbessern sein. Eine Schwachstellenanalyse des Ressourceneinsatzes wird etwa Fachleuten der hauswirtschaftlichen Bildung oder der Familienpflege schnell zeigen, wo und wie Schwächen von Ressourcenkombinationen behoben und Input-Output-Relationen unter gegebenen Verhältnissen verbessert werden können. In schwierigen Lebensumständen verspricht es Erfolg, junge Familien in der privaten Lebensführung mit Bildung, Beratung und Fördermaßnahmen zu begleiten.

Zu den humanen Ressourcen gehören Fertigkeiten und Fähigkeiten der Haushaltsproduktion und des Haushaltsmanagements, außerdem Lernfähigkeit, Verantwortungsbereitschaft und Entscheidungsfähigkeit, Kompetenzen also, die für Eva und Adam als handelnde Akteure/innen unverzichtbar sind, schließlich Gesundheit und körperliches Arbeitsvermögen und nicht zuletzt die individuellen Zeitbudgets. Daseinskompetenzen lassen sich durch Bildung und Beratung nachrüsten.

Zu den materiellen Ressourcen zählen Erwerbseinkommen, soziale und private Transfers, Entsparen und Verschulden und nicht zuletzt Naturaleinkommen aus Haushalts- und Familienarbeit sowie aus eigengenutztem Sachvermögen. Die materielle Lage des jungen Familienhaushalts hängt also keineswegs allein vom Erwerbseinkommen und nicht einmal allein vom Geldeinkommen ab. Außerdem sind die verschiedenen Einkommensarten untereinander in einem begrenzten Umfang substituierbar. Die Lebensverhältnisse des jungen Familienhaushalts Evas und Adams dürften sich vielfach auch bei einem gegebenen Set an materiellen Ressourcen verbessern lassen.

Soziale Ressourcen erschließen sich aus der Nutzung von Infrastrukturen. Es geht um öffentliche, wohnwirtschaftliche und marktwirtschaftliche, private, soziale, gesundheitliche und kulturelle Infrastrukturen. Der junge Familienhaushalt handelt zwar eigenverantwortlich, ist jedoch in seinem Ressourcenaufkommen alles andere als autonom. Er benötigt komplementäre Infrastrukturangebote, einen Fächer interdisziplinär abgestimmter Infrastrukturangebote und nicht nur sporadische Ansätze. Eine moderne Kommunalpolitik kann dies leisten.

Das Kombinieren von Ressourcen zielt auf ein Ergebnis und führt zu Leistungserstellungen im Zuge der Alltagsbewältigung. In Evas und Adams jungem Familienhaushalt wird nicht allein das Set vorhandener Ressourcen, sondern ebenso das Niveau des Kombinierens über den

Alltagserfolg der Bedarfsdeckung und die Lebensqualität entscheiden. Dieses Niveau wird in Lernprozessen stets anzuheben sein. Deshalb auch ist es in belasteten Sozialräumen und beschädigten Milieus so wichtig, dass es Angebote der Eltern- und Familienbildung, der Familienhilfe und Familienpflege, der hauswirtschaftlichen und der finanzwirtschaftlichen Bildung und Beratung gibt und dass diese Angebote insbesondere junge Familien, beide Partner, Eva und Adam erreichen.

4. Partnerschaft als Grundlage erfolgreicher Selbstorganisation

Auf den verschiedenen Handlungsfeldern des jungen Familienhaushalts wird das eine Mal Adam, das andere Mal Eva führen. Die Steuerung des jungen Familienhaushalts erfolgt also mit wechselnden Führungsrollen Evas und Adams auf den unterschiedlichen Handlungsfeldern. Die Verteilung ihrer Verantwortung ist nicht festgeschrieben. Sie kann mit den Lebensbedingungen und Lebensphasen wechseln. Kein Partner wird die gemeinsame Lebensführung einseitig bestimmen. Konflikte über Spielregeln auf Handlungsfeldern werden Eva und Adam austragen, sich gleichwohl aber zu arrangieren suchen. Entscheidend wird sein, dass sich Eva und Adam bei wechselnden Rang- und Verantwortungsstellungen auf einzelnen Handlungsfeldern insgesamt als gleichrangige und gleichberechtigte Partner erleben.

Wer wollte bestreiten, dass es auch andere Spielregeln gibt: etwa eine einseitig autoritär beherrschte Haushaltsführung oder eine ständige Konfliktaustragung auf bestimmten Handlungsfeldern oder eben einfach das tägliche Chaos. Derart verfasste Haushalte sind in allen Fällen weniger produktiv und labil. Die partnerschaftliche Selbstorganisation des jungen Familienhaushalts Evas und Adams schafft die besten Voraussetzungen für faire Entscheidungen, für eine produktive Arbeitsteilung unter den Partnern und für eine flexible Anpassung an sich ändernde Lebensbedingungen. Sie führt gegenüber anderen Haushaltsführungsmustern zweifellos zu einer höheren Leistungsfähigkeit und Lebensqualität des Haushalts und seiner einzelnen Mitglieder.

5. Kollektive Lernfähigkeit im engen Verbund der Familie

Man kann sich eine junge Familie im Haushaltsaufbau abstrakt als ein dynamisches Handlungssystem mit Planungs- und Leistungskompetenzen auf Handlungsfeldern vorstellen, konkret als einen Verbund von Akteuren/innen – Eltern wie Kindern –, die in der privaten Sphäre wie in ihrer jeweiligen sozialen

Umgebung individuell agieren. Bezeichnend für diesen familiären Verbund ist die dichte Interaktion seiner Mitglieder. Die junge Familie Evas und Adams mit ihrer Tochter bildet ein eng gekoppeltes System. Es entwickeln sich ein ständiger Austausch und eine kollektive Lernfähigkeit. Die Folge ist, dass Handlungsweisen der Haushaltsmitglieder korrelieren. Weil dies so ist, ist es ein großer Mangel, dass das Programm der „Sozialen Stadt“ private Haushalte und Familien als Ansprechpartner einer sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Stadtteilarbeit nicht wahrnimmt (bis auf wenige Ausnahmen). Wahrgenommen werden individuelle Gruppen der Stadtteilbevölkerung, nicht aber Familien. Weil Familien als eine eigenständige Gruppe der Ansprache nicht erkannt werden, werden sie auch nicht gezielt in die Aktivitäten des Programms einbezogen. Diese Unterlassung bedeutet einen Verzicht auf Effizienz. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) stellte fest, dass die Stadtteile des Programms in ihrer Bevölkerungsstruktur „relativ junge Quartiere“ bilden. Es gibt dort einen vergleichsweise hohen Anteil junger Familien. Junge Familien aber zählen zum primären Entwicklungspotential städtischer Problemgebiete. Es wäre folgerichtig, wenn sich das Programm „Soziale Stadt“ in seiner zweiten Arbeitsphase besonders der jungen Familien in der Gründungs- und Aufbauphase ihrer Existenz annehmen würde. Evas und Adams junger Familienhaushalt inmitten beeinträchtigter Milieus darf nicht allein gelassen werden.

Der wissenschaftliche „Forschungsverbund Armut und Armutsprävention“ in der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft (dgh) schlägt vor², Akteure der Zivilgesellschaft wie zum Beispiel Bildungs- und Beratungsträger sowie Kinder-, Jugend-, Frauen-, Familien- und Seniorenverbände mit ihren Aktivierungspotentialen sehr viel stärker in das Programm „Soziale Stadt“ einzubeziehen und die interdisziplinären Handlungskonzepte der Stadtteilentwicklung in den Kommunen um eine gestaltende Generationenpolitik über alle Generationen und um einen eigenständigen Politikbereich einer kommunalen Familienpolitik zu ergänzen.

Dass es in den Kommunen - anders als in der Kinder und Jugendpolitik - keine verfasste Familienpolitik gibt, ist mit dem Gebot des Schutzes von Familien im Grundgesetz nicht zu vereinbaren.

2) Bertsch/ Piorkowsky, Impulse für die neue Politik der Sozialen Stadt, in: APuZ aus Politik und Zeitgeschichte, Themenausgabe Städtepolitik, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.), 3/2005 vom 17.01.2005.

6. Plurale Lebensverhältnisse auch in sozialen Brennpunkten

In kritischen Sozialräumen sind die Lebensentwürfe junger Familien unsicher, es treten Ungewissheiten und Ängste an die Stelle der Planbarkeit künftigen Lebens, ihre Belastbarkeit im Alltag wird voll ausgetestet, Selbsthilfe und Selbstbewältigung werden voll beansprucht. Selbst in sozialen Brennpunkten haben wir jedoch plurale Lebensverhältnisse. Es gibt junge Familien in einfachen Umständen, die sich den Herausforderungen des Lebens stellen oder sich als überfordert erweisen. Und dies in vielen Schattierungen. Selbst bei Bildungsarmut und wirtschaftlicher Armut trifft beides zu: dass Familienleben misslingt und dass Familienleben die Überlebensfähigkeit bedingt und ermöglicht. Misslingen bedeutet nicht allein eine Destabilisierung der Beziehung der beiden Partner, führt nicht nur zu einer Desorganisation des Haushalts und der gemeinsamen Lebensführung, sondern gefährdet und beschädigt insbesondere die Entwicklung der Kinder.

Besorgnisse der Kinder- und Jugendärzte

Die Feststellungen der Kinder- und Jugendärzte sind alarmierend³. Sie sehen Armut in Form von Bildungsarmut und materieller Armut in jungen Familien, ein psychosozial belastetes und belastendes Umfeld und gesundheitliche Fehlentwicklungen in einer engen Verkettung. Bei Kindern aus sozial schwachen Familien ist häufig schon die Sprachanbahnung gestört. Spiel und Bewegung kommen zu kurz. Eine fehlende Esskultur führt zu Fehlernährung. Die Körperpflege ist mangelhaft. Vorsorgeuntersuchungen und der Schutz vor Infektionskrankheiten werden vernachlässigt. Bei Kindern zugewanderter Familien werden die Risiken als besonders schwerwiegend eingeschätzt. Kinder aus sozial schwachen Familien sind krankheitsanfälliger und haben eine kürzere Lebenserwartung. Etwa 30 Prozent der vorbelasteten Kinder fallen in der Schule durch Sprachentwicklungs-, Lern- und Verhaltensstörungen auf. Die Entwicklung ihres Selbstwertgefühls erweist sich als deutlich gestört. Jugendliche in diesen Verhältnissen neigen vermehrt zu Depressionen und greifen häufiger zu Drogen (insbesondere zu Tabak und Alkohol). Perspektivlosigkeit in der Familie wie im sozialen Umfeld mündet nicht selten in einer Dissozialität und frühen Kriminalität.

Den Kinder- und Jugendärzten geht es nicht darum, Lebensverhältnisse in Armut zu diskreditieren. Auch diese sind plural. Sie beschreiben die hohen Entwicklungsrisiken für Kinder und Jugendliche in Verhältnissen, in denen Fa-

milien- und Kinderarmut und beschädigte Milieus kumulieren. Man kann diese Entwicklungsrisiken als einen Aspekt der Kinderfeindlichkeit in Deutschland sehen. Der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung bestätigt die vergleichsweise hohen Gesundheitsrisiken von Kindern sozial schwacher Familien. „Hierzu zählen“ – dem Bericht zufolge – „unter anderem Sehstörungen, Sprachauffälligkeiten, psychomotorische Defizite, Adipositas, Beeinträchtigungen der geistigen Entwicklung, psychiatrische Erkrankungen sowie emotionale und soziale Störungen. [...] Im frühen Grundschulalter setzen sich diese Ausgrenzungserrscheinungen fort. Armutsfolgen zeigen sich am deutlichsten im Schulerfolg und in der schulischen Laufbahn“⁴. Diese Einschätzung der Kinder- und Jugendärzte hat bisher nicht zu hinreichenden Konsequenzen geführt. Es wäre schon ein Gewinn, wenn es in den belasteten Stadtteilen des Bund-Länder-Programms „Die Soziale Stadt“ zu gezielten gesundheitsfördernden Maßnahmen für Kinder und junge Familien käme.

Neue städtische Unterschichten

Der Politologe Franz Walter entdeckt „neue städtische Unterschichten“, deren Lebensverhältnisse sich seiner Feststellung nach jenseits gewohnter Ordnungsmentalitäten entwickeln, „weil sie dafür viel zu unordentlich, programmindifferent, diskontinuierlich, rhapsodisch, unstrukturiert, auch hedonistisch und konsumistisch sind“⁵.

Unbestritten ist das Entstehen neuer Unterschichten im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozess. Sie sind von Desintegration und Desorganisation bedroht. Das Maß der Gefährdung der Selbstorganisation von Haushalten ist in belasteten städtischen Quartieren groß. Zu einem Teil wird dies auch die von Walter beschriebenen Wirkungen haben. Entschieden zu bestreiten ist jedoch die undifferenzierte Qualifizierung der neuen Unterschichten. Würden sich die Lebensverhältnisse der neuen Unterschichten in chaotischen, zufallsgesteuerten und verschwenderischen Lebensweisen erschöpfen, gäbe es in diesen Schichten keine eng verbundenen und zweckmäßig agierenden privaten Haushalte mehr. Dies aber trifft nicht zu. Es gibt vielmehr, - wie noch zu belegen sein wird -, in den Lebensweisen der Unterschichtenhaushalte signifikante Unterschiede.

Seit geraumer Zeit wird beobachtet, dass sich sozial schwache Familien, von Arbeitslo-

3) Klaus Gritz, Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte, Köln, Pressekonferenz vom 20.03.2002.

E&C Fachforum: Junge Familien im Brennpunkt – Förderung und Unterstützung von jungen Familien in E&C-Gebieten
Dokumentation der Veranstaltung vom 18. und 19. April 2005 in Berlin

sigkeit und wirtschaftlicher Armut betroffene Haushalte und solche mit einem Migrationshintergrund in städtischen Quartieren sammeln, deren soziokulturelle und wirtschaftliche Infrastrukturen in besonderem Maße unterentwickelt sind. Deshalb sollte sich das Bund-Länder-Programm der „Sozialen Stadt“ mit seinen intervenierenden Maßnahmen auch in der laufenden zweiten Phase voll entfalten können. Es hat sich nämlich gezeigt, dass viele private Haushalte selbst in sehr schwierigen Lebensumständen bis zu einem gewissen Grad handlungsfähig bleiben und externe Angebote zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse aufgreifen können. Sie bleiben Akteure/innen in ihren Lebenswelten, die – soweit ihnen das möglich ist – ihre Lebenslagen mitbestimmen wollen. Es wäre deshalb weder in der Sache begründet, noch politisch hinnehmbar, wollte man die „neuen städtischen Unterschichten“ sich selbst überlassen und aufgeben.

Die vier Armutstypen der Armutforschung

In den neuen städtischen Unterschichten entsteht Armut aus vielen Gründen und besitzt viele Gesichter. Uta Meier-Gräwe fand in ihrer Armutforschung vier Armutstypen⁶: die verwalteten Armen, die erschöpften Einzelkämpfer/innen, die ambivalenten Jongleure und die vernetzten Akteure/innen.

Bei verwalteten Armen wurde Armut generationenübergreifend sozial vererbt. Alltagsbewältigung ist ohne institutionelle Netzwerke kaum möglich. „Charakteristisch sind vergleichsweise niedrige Alltagskompetenzen und eine eher geringe Erwerbsorientierung. Man trifft auf das Phänomen ‚entglittener‘ Zeitstrukturen; es bereitet oftmals schon Mühe, zwei bis drei Termine pro Woche zu koordinieren. Als Eltern sind die Erwachsenen weder mental noch alltagspraktisch in der Lage, ihren Kindern Daseinskompetenzen [...] zu vermitteln. Selbst bei gutem Willen besteht eine ausgeprägte Hilflosigkeit, den Kindern zu einem Schulerfolg zu verhelfen, was angesichts der problematischen elterlichen ‚Schul- und Ausbildungskarrieren‘ kaum überraschen kann. Erste Priorität in der Arbeit mit diesen Familienhaushalten hat die Gewährleistung von Wohl und Gesundheit der Kinder. Es geht dabei in einigen Fällen schlicht und einfach um lebensrettende Maßnahmen.“⁷ Meier-Gräwe sieht einen „bisher keineswegs gedeckten Handlungsbedarf“, „...um diese Kinder vor dauerhaften und massiven Benachteiligungen in den Bereichen Wohnen, Bildung

und Gesundheit zu schützen ...“

Bei den erschöpften Einzelkämpfer/innen handelt es sich um alleinerziehende Eltern oder Paare mit Kindern in „chronischen Erschöpfungszuständen“. „Armutslagen treten in der Regel als Folge eines ‚kritischen‘ Lebensereignisses wie Trennung bzw. Scheidung auf, aber auch als Folge der Geburt eines (weiteren) Kindes.“⁸ Zu beobachten ist „eine überproportionale Arbeitsbelastung im Familien- und Berufsalltag“. Familiäre Netzwerke sind eher belastend. Im Umgang mit kommunalen Ämtern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe besteht kaum Erfahrung. „Auffällig ist das Defizit an institutionellen Hilfen, die auf die Bedarfslagen der ‚erschöpften Einzelkämpfer/innen‘ und ihrer Kinder abgestimmt sind.“ Es besteht „...das Risiko, der Armutslage zeitlebens nicht mehr zu entkommen.“ Die Eigeninitiative der Einzelkämpfer/innen muss hier mit „ambulanten, passgerechten Hilfen zur Alltagsbewältigung“ und mit „gezielten Hilfeleistungen“ verknüpft werden.⁹

Die ambivalenten Jongleure weisen „ambivalente Persönlichkeitsstrukturen“ auf, mit „Verhaltensweisen, die üblicherweise als unvernünftig bezeichnet werden.“ Sie jonglieren etwa mit hohen Krediten, ohne die Folgen zu bedenken. Trotz Überschuldung wird keine Schuldnerberatung aufgesucht. Hilfe bei unvernünftigen Verhaltens- und Handlungsweisen wird dann möglich, wenn die Jongleure Stabilisierungsziele mittragen und mitverantworten.

Die vernetzten Aktiven – darunter alleinerziehende Frauen – sind selbständig agierende und häufig auch gebildete Menschen, die ein unterstützendes familiäres Netzwerk nutzen und/oder institutionelle Hilfeangebote als ein zustehendes Recht selbstsicher und kompetent zu nutzen wissen. Verlässliche familiäre Netze sind bei den vernetzten Aktiven im Grunde kaum zu ersetzen. „Hinzu kommt, dass es sich um stabile Persönlichkeiten mit Selbstbewusstsein und einem hohen Energiepotential handelt, die vielfältige Daseins- und Alltagskompetenzen besitzen...“. „Über die gängigen Hilfen der Sozial- und Jugendhilfe hinaus mobilisieren sie, wenn es erforderlich wird, auch andere kommunale Akteure, ...wenn sie auf den einschlägigen Verwaltungswegen scheitern.“¹⁰

Es ist das Muster dieser vier Armutstypen, das sich in der Population der belasteten städtischen Wohnquartiere des Bund-Länder-Programms der „Sozialen Stadt“ findet. In den relativ „jungen“ Quartieren geht es häufig um junge Familien, Paare mit Kindern oder

6) Uta Meier-Gräwe, *Prekäre Lebenslagen Alleinerziehender und sozialstaatliche Interventionen*, in: Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (Hg.): *Familienpolitische Informationen EAF*, Nr.1 Januar/Februar 2005, Berlin.

7) ebd.

8) ebd.

9) ebd.

10) ebd.

alleinerziehende Frauen und Männer, die in den Quartieren hängen geblieben sind oder sich aus wirtschaftlichen Gründen in diese Quartiere abgedrängt sehen. Natürlich bindet auch die Vertrautheit der Milieus, selbst wenn diese beschädigt sind. Die Armutstypologie Meier-Gräwes zeigt, dass junge Eltern in ähnlich schwierigen Lebensumständen ganz unterschiedliche Daseinskompetenzen haben können. Selbst in sozialen Brennpunkten sind die Kompetenzen junger Paare und deren Lebensführung ausgesprochen plural.

Besorgniserregend ist die extreme Ausdifferenzierung der Lebensverhältnisse, die in einer Segmentierung enden und eine Zivilgesellschaft in Bruchstücken zeigen. Dies ist beinahe ein Menetekel für eine Gesellschaft mit demokratischem Anspruch. Ermutigend ist, dass bei drei der vier Armutstypen eine mobilisierende Förderung der Familienhaushalte und der Haushaltsmitglieder in den Quartieren sowie ein engagiertes Fallmanagement der lokalen Arbeitsagenturen bzw. Arbeitsgemeinschaften das Blatt wenden können. Meier-Gräwe kann vier Wege aus der Armut oder aus prekären Lebenslagen identifizieren:

- Erweiterung des Humanvermögenspotentials durch berufliche Qualifikation und/oder Erhöhung von Haushaltsführungs- bzw. Alltagskompetenzen,
- Erhöhung des Haushaltseinkommens durch Erwerbsarbeit bzw. durch Ausschöpfen der dem Haushalt rechtmäßig zustehenden Transferleistungen,
- Reduktion privater Konsumausgaben durch die Änderung des Haushaltsstils entweder durch Konsumverzicht oder durch Eigenleistung statt Marktbezug,
- Mobilisierung sozialer Netzwerke durch die Annahme von Hilfen aus dem Familien- und Freundeskreis und/oder Inanspruchnahme professioneller Hilfe und Nutzung vorhandener Infrastrukturen im Umfeld der Haushalte.

Die Vermittlung von Einstellungen und Haltungen, Verhaltens- und Handlungsweisen, Fähigkeiten und Fertigkeiten durch eine Offensive der Bildung und Beratung ist ein Gebot der Stunde.

7. Die neue Politik der Sozialen Stadt

Mehr vielleicht als andere Fragen entscheiden die Organisierbarkeit der Städte und die Integrationsfähigkeit der städtischen Zivilgesellschaften über das Gelingen des sozialen und ökonomischen Transformationsprozesses. Die kommunalpolitische Handlungsfähigkeit in Städten, Stadtteilen und Wohnquartieren sowie die Reintegration der neuen städtischen Unterschichten in belasteten Stadtteilen sollte

deshalb ein Anliegen aller handlungsfähigen Kräfte in einer städtischen Zivilgesellschaft sein.

„Zwei Problembereiche stehen zurzeit im Mittelpunkt der Städtebaupolitik: einerseits die wachsende Konzentration von sozialen Problemen in bestimmten Stadtquartieren und andererseits das Schrumpfen der Bevölkerungszahl in vielen Städte.“¹¹ Auf das eine Problem antwortet das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“, das seit letztem Jahr auch im Bundesbaugesetzbuch verankert ist (§ 171 e), auf das andere Problem reagiert das Programm „Stadtumbau“ der Bundesregierung.

Das Schrumpfen der Bevölkerung und der ökonomischen Basis – insbesondere in Ostdeutschland – wird von vielen als eine dramatische Entwicklung erlebt. Mit dem schwierigen Rückbau der großtechnischen Anlage Stadt können jedoch auch Chancen der Aufwertung städtischer Sozialräume verbunden sein. „Diese werden in der größeren Verfügbarkeit über Raum gesehen – Wohnraum, Freiraum, Flächen für neue ökonomische Aktivitäten – und vor allem in der ‚Qualifizierung‘, d. h. in der Aufwertung städtischer Räume.“¹² In der Krise einer Stadt gewinnt die Willensbildung und Beteiligung der verbliebenen Bevölkerung an Bedeutung, weil sie die eigentliche Ressource für die Überlebensfähigkeit und Neugestaltung der Stadt bildet.

Das Bund-Länder-Programm der „Sozialen Stadt“ reagiert auf einen fortschreitenden Zerfall von Sozialräumen in Städten in privilegierte Teilräume auf der einen und in infrastrukturell benachteiligte Quartiere auf der anderen Seite, in denen sich sozial schwache Haushalte und Familien in- und ausländischer Herkunft konzentrieren.¹³ In diesen Quartieren häufen sich Risiken, die die Lebensverhältnisse belasten. Das Programm der „Sozialen Stadt“ initiiert in über 300 Stadtteilen Revitalisierungsprozesse. Eine Revitalisierung ist nur bei einer Einbeziehung und Mobilisierung der Stadtteilbevölkerung möglich. Den Fähigkeiten der Selbstorganisation freier Träger fällt bei der Einleitung und Durchführung von Restrukturierungsmaßnahmen eine Schlüsselrolle zu. Da es sich bei Stadtteilen mit hohem Entwicklungsbedarf in der Regel um Quartiere mit einer jungen Bevöl-

11) Hartmut Häußermann, Umbauen und Integrieren – Stadtpolitik heute, in: APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte, Themenheft Städtepolitik, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), 3/2005 vom 17.01.2005.

12) Hartmut Häußermann, a.a.O.

13) Bertsch/Piorkowsky, Impulse für die neue Politik der sozialen Stadt, in: APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte, Themenheft Städtepolitik, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament der Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), 3/2005 vom 17.01.2005.

kerung handelt, wären beispielsweise „Lokale Bündnisse für Familien“ besonders sinnvoll. Es ist ein Fehler, dass die Initiatoren der „Lokalen Bündnisse für Familien“ die Problemgebiete der „Sozialen Stadt“ noch nicht entdeckt haben.

Nachhaltige Revitalisierungsprozesse verlangen eine tragende Struktur. Sie benötigen den ständigen Rückhalt einer modernen Stadtentwicklungsplanung und einer handlungsfähigen Kommunalpolitik. Das Bund-Länder-Programm sucht deshalb in den von einem inneren Niedergang bedrohten Städten einer neu verfassten Städtepolitik zum Durchbruch zu verhelfen. Instrumente dieser innovativen Städtepolitik sind:

- kooperative Verwaltungs- und Managementformen, die ein partnerschaftliches Zusammenwirken im Akteursspektrum von Verwaltung, Politik, Markt, freien Trägern und Quartiersbevölkerungen ermöglichen,
- „Integrierte Handlungskonzepte“ als Entwicklungsrahmen für Stadtteile, die in einem entscheidenden Qualitätssprung baulich-räumliche Maßnahmen mit sozialen und kulturellen, ökonomischen und ökologischen Projekten verknüpfen,
- ein „Quartiersmanagement“ mit dezentralisierten Zuständigkeits- und Entscheidungsstrukturen und einer starken Vor-Ort-Präsenz, das die Quartiersbevölkerung beteiligt und Ebenen des Handelns wie die verschiedenen Akteure vernetzt.

Es wäre von großer Bedeutung, wenn Trägergruppen in den Städten mit Nachdruck eine interdisziplinäre Stadtentwicklungsplanung und „Integrierte Handlungskonzepte“ der Stadtteilentwicklung einforderten.

Das Bund-Länder-Programm der „Sozialen Stadt“ kann als „Heimat“ der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten – E&C“ betrachtet werden. Das die „Soziale Stadt“ begleitende Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) beurteilt den Vitalisierungsbeitrag der E&C-Programmplattform außerordentlich positiv. „Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat seine Programmplattform ...darauf ausgerichtet, dass Mittel des Kinder- und Jugendplans durch die Mittelempfänger zu einem nicht unerheblichen Teil in Gebieten der Sozialen Stadt eingesetzt werden sollen. Im Rahmen von E&C kommen auch die Mittel für das Freiwillige Soziale Trainingsjahr (FSTJ) zum Einsatz und seit dem Jahr 2002 auch die des Programms KuQ (Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten). Darüber hinaus fördert das BMFSFJ in den Jahren 2002 – 2006 Kompetenzagenturen, die Jugendliche

in ihrer sozialen und beruflichen Integration unterstützen“¹⁴.

Außerdem wird die auch vom Europäischen Sozialfonds geförderte Initiative des Bundes „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) in die E&C – Plattform integriert. LOS ist eine Maßnahme, mit der sich am Arbeitsmarkt besonders benachteiligte Menschen in kleinen, lokalen Projekten weiterbilden und für den Arbeitsmarkt qualifizieren können. „In Ergänzung und Fortsetzung dieser Programme werden in ausgewählten Gebieten mit sozialen Problemlagen bis zum Jahr 2006 bundesweit 6000 Mikroprojekte, die in anderen Förderprogrammen nicht berücksichtigt werden können, bis maximal 10.000 Euro finanziell unterstützt“¹⁵. Nicht übersehen werden darf, dass auch Länder Programme ihrer Fachministerien bevorzugt in Stadtteilen der „Sozialen Stadt“ einsetzen.¹⁶ In diesem Zusammenhang sind auch allgemeine arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Integration Jugendlicher von großer Bedeutung.¹⁷

Die Bemühungen der Jugendhilfe in sozialen Brennpunkten sind effektiv und glaubwürdig. Jugendlichen in subjektiv und objektiv schwieriger Lage werden Perspektiven vermittelt. Dies ist nicht hoch genug einzuschätzen. Die Kinderhilfe erreicht demgegenüber bei weitem nicht ein vergleichbares Niveau. Könnte es im Rahmen des Programms „Die Soziale Stadt“ nicht eine gemeinsame Initiative des Bundes und der Länder zur Entwicklung der Kindertagesbetreuung geben? Auch eine Politik für Frauen in problembeladenen städtischen Quartieren ist bisher erst ansatzweise entwickelt. Ähnlich verhält es sich mit der Seniorenpolitik. Eine kommunale Familienpolitik in belasteten Stadtteilen ist schlicht noch nicht vorhanden. Der wissenschaftliche „Forschungsverbund Armut und Armutsprävention“ in der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft (dgh) hat deshalb zu Recht eine ausgewogene Generationenpolitik in Stadtteilen der „Sozialen Stadt“ eingefordert, die Kinder und Jugendliche, Frauen und Männer, ältere und alte Menschen gleichermaßen als Zielgruppen einer gestaltenden Politik einbezieht und die „Integrierten Handlungskonzepte“ der Kommunen um eine Politik für Familien ergänzt.¹⁸

14) Deutsches Institut für Urbanistik, Strategien für die Soziale Stadt, Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“, Bericht der Programmbegleitung Kapitel 6.1, Berlin 2003.

15) Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, a.a.O., Kapitel B III.7, Berlin 2005.

16) Deutsches Institut für Urbanistik, a.a.O., Kapitel 6.2.

17) Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, a.a.O., Kapitel B III.7; B IV.3; B V.2, Berlin 2005.

18) Bertsch/ Piorkowsky, a.a.O.

8. Wirkungen der Arbeitsmarktreform für Familien

Die Reorganisation des Arbeitsmarkts mit einer qualifizierteren Vermittlung Arbeitsfähiger wird für die Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung eine große Bedeutung haben. Die intensivierten Vermittlungsbemühungen des Fallmanagements der lokalen Arbeitsagenturen bzw. Arbeitsgemeinschaften (der Kommunen, Arbeitsagenturen und Träger der Wohlfahrt) werden kurz- und mittelfristig Wirkungen zeigen. Man sollte die Möglichkeiten eines besseren Managements niemals unterschätzen. Wer annimmt, dass ein leergelegter Arbeitsmarkt keine Vermittlungschancen enthält, verkennt, dass es auch bisher schon in den unteren Einkommenschichten der privaten Haushalte eine Mobilität innerhalb der Schichten gab und die Verweildauer in Lebensverhältnissen wirtschaftlicher Armut häufig zeitlich begrenzt war. Die mit dem Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegte Analyse der Ausstiegsverläufe in der Sozialhilfe zeigt etwa, dass nach zweieinhalb Jahren des Sozialhilfebezugs rund der Hälfte der Haushalte (49,5 Prozent) der vollständige Ausstieg aus der Sozialhilfe gelang (weiteren 6,8 Prozent der Haushalte immerhin vorübergehend).¹⁹ „Etwa die Hälfte der Armutsrisikobevölkerung in Erwerbshaushalten eines Jahres“ – sagt der Bericht – „verlässt im folgenden Jahr den Bereich des Armutsrisikos und eine etwa gleich große Gruppe tritt hinzu.“²⁰

Mit der Arbeitsmarktreform besteht die begründete Aussicht, dass es fortschreitend zu besseren Ergebnissen bei der Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung kommt. Die Vermittlungsbemühungen werden in besonderem Maße für junge Erwachsene und allein erziehende Frauen von Bedeutung sein. Der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht führt dazu aus:

„Auch die Zusammenführung von Sozialhilfe für Erwerbsfähige und Arbeitslosenhilfe zur neuen Grundsicherung für Arbeitssuchende ab dem 1. Januar 2005 fördert die Arbeitsmarktintegration vieler Alleinerziehender. Sie erhalten Anreize zur Arbeitsaufnahme, Zugang zu den Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt und zur Vermittlung durch die Bundesagentur für Arbeit. Vor dem Hintergrund, dass zuletzt mehr als ein Viertel aller Alleinerziehenden Hilfe zum Lebensunterhalt bezog und annähernd drei Fünftel aller Kinder in der Sozialhilfe in Haushalten von Alleinerziehenden lebten, stellt dies einen wichtigen familien-

politischen Fortschritt dar. Die Regeln für die Aufnahme einer zumutbaren Arbeit nehmen weiterhin Rücksicht auf familiäre Belange. Eine Arbeit ist nicht zumutbar, wenn die Ausübung der Arbeit die Erziehung des Kindes gefährden würde. Die Erziehung eines Kindes ist in der Regel dann nicht gefährdet, soweit seine Betreuung in einer Tageseinrichtung oder in Tagespflege oder auf sonstige Weise sichergestellt ist. Die kommunalen Träger sollen darauf hinwirken, dass erwerbsfähigen Erziehenden ein Platz zur Tagesbetreuung des Kindes angeboten wird. Unterstützt wird dies durch die Umsetzung des Gesetzes zum Ausbau der Tagesbetreuung von Kindern (TAG).“²¹ Arbeitssuchende Alleinerziehende erhalten im Rahmen des SGB II bekanntlich für sich das Arbeitslosengeld II, für Kinder (nicht erwerbsfähige Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft) Sozialgeld und nunmehr für jedes Kind unter 18 Jahren einen Mehrbedarfzuschlag.

9. Für eine Offensive der Bildung und Beratung

Flankierung wachsender Eigenverantwortung

Sehr viele private Haushalte und Familien leben unter einem ständigen Anpassungsdruck. Sie haben in der allgemeinen Strukturkrise den Wandel der Lebensbedingungen zu bewältigen. Andernfalls droht ihnen Abstieg und eine Abkoppelung von der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung. Kritische Lebensereignisse sind zu einer ständigen Erfahrung geworden. Unstetige und gebrochene Lebensverläufe sind beinahe normal. Dies aber nicht nur. Es ereignet sich mehr. Im Wandel der Lebensverhältnisse dehnt sich zugleich die Verantwortungssphäre der privaten Lebensführung aus. Binnen weniger Jahre wurde von den Haushalten und Familien – zunächst im Osten und dann auch im Westen – eine sehr viel größere Eigenverantwortung und Eigenvorsorge erwartet. Die privaten Akteure/innen haben mit ihren vielfach niedrigen oder unsicheren Patchwork-Einkommen nicht nur den Alltag zu bewältigen und den Lebensstandard zu verteidigen, sondern auch eine größere Eigen- und Vorsorgeverantwortung zu übernehmen – inmitten eines Transformationsprozesses, in dem die Fähigkeit abgenommen hat, Entwicklungen einzuschätzen und Zukunft verlässlich zu planen. Nach einem langen sozialstaatlichen Problem- und Reformstau geschieht dies für die Haushalte und Familien plötzlich und unvorbereitet. Die größere Eigenständigkeit und Vorsorgeverantwortung erfordert zwingend eine Aktivierung der Selbsthilfe und ein Empower-

19) Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, a.a.O., Kapitel A II.2.4, Berlin 2005.

20) Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, a.a.O., Kapitel A V.4, Berlin 2005.

21) Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, a.a.O., Kapitel B III.4, Berlin 2005.

ment der privaten Akteure/innen. Der aktivierende Sozialstaat reagiert zu langsam auf seine offene gesellschaftspolitische Flanke. Dies macht einen Teil seiner Glaubwürdigkeitslücke aus. Notwendig ist eine gesellschaftspolitische Flankierung des raschen Umbruchs. Notwendig erscheint ein breit vernetztes Bündnis der Armutsprävention und Armutsbekämpfung mit einem Kern an mobilisierender Bildung und Beratung. Es gilt, vorhandene Bildungs- und Beratungsstrukturen besser zu nutzen und auszubauen. Diese Aufgabe sollte von den politischen und gesellschaftlichen Kräften unterschiedener angepackt werden.²²

Wirtschaftliche Bildung und Beratung

Eine Offensive der wirtschaftlichen Bildung und Beratung würde zu einer haushalts- und finanzwirtschaftlichen Vitalisierung privater Akteure/innen führen. Überfällig ist eine wirtschaftliche Grundbildung von Kindern und Jugendlichen an Schulen. Geboten ist eine Intensivierung der Eltern- und Familienbildung und der aufsuchenden Familienpflege. Familienhilfe allein genügt nicht. In Landesjugendplänen und lokalen Jugendhilfeplänen dürfen Maßnahmen der Familienpflege und der Eltern- und Familienbildung nicht mehr fehlen. Aktiviert werden sollte auch die lokale Bildungsarbeit der hauswirtschaftlichen Verbände und Organisationen. Gesichert werden muss die Arbeit der Verbraucherzentralen der Länder und ihrer örtlichen Verbraucherberatungsstellen. Notwendiger denn je ist eine Verstärkung – nicht etwa ein Abbau – der Angebote an Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung – vorrangig in belasteten Sozialräumen. Hier ist auch eine Öffnung der Schuldnerberatung für eine präventive Einkommens- und Budgetberatung für hoch verschuldete (aber noch zahlungsfähige) Haushalte geboten. Eine Offensive der wirtschaftlichen Bildung und Beratung muss die privaten Akteure/innen auf vielen gleichzeitig beschrittenen Wegen erreichen.

Take Off der Eltern- und Familienbildung

Eltern- und Familienbildung ist ein zugleich familien-, jugend- und bildungspolitisches Handlungsfeld. Nach Auffassung vieler Fachleute wird das Aktivierungspotential dieses interdisziplinären Handlungsfeldes bei weitem nicht ausgeschöpft. Dies hat auch zu dem richtungsweisenden Beschluss der Jugendministerkonferenz vom Mai 2003 zur Eltern- und Familienbildung geführt. Die Umsetzung des Beschlusses in den Ländern ist unterschiedlich

einzuschätzen. Den Jugendministern ist es insbesondere zu danken, dass sie die Bedeutung der Eltern- und Familienbildung in frühen Familienphasen erkannt haben. Eine Bildungs- und Beratungsoffensive sollte dies aufgreifen. Eltern- und Familienbildung ist wie kein anderes Bildungsprojekt geeignet, die Kultur der Familien zu fördern.

Wie kann man Eltern- und Familienbildung fassen? Sie zielt auf eine Förderung des Lebensentwurfs Familie. Sie trägt zu einer Teilhabe der Familien an Bildung und sozialer Entwicklung bei. Sie bestärkt Eltern in der Geschlechter- und Generationensolidarität. Sie unterstützt Eltern in der Erziehung und Bildung ihrer Kinder und fördert Kinder und Jugendliche in ihrer eigenständigen Entwicklung. Sie vermittelt Daseinskompetenzen und Fähigkeiten der Selbsthilfe. Sie mobilisiert Handlungskompetenzen einer selbständigen Alltags- und Lebensbewältigung. Eltern- und Familienbildung leistet präventive Arbeit. Sie arbeitet lebenslagen- und lebensphasenorientiert. Familienbildungsstätten sowie Frauen- und Familienzentren bieten heute ein am Bedarf ihrer Sozialräume orientiertes Bildungsangebot an. Erkennbar aber sind zwei Defizitbereiche:

Die Träger der Eltern- und Familienbildung vernachlässigen das wirtschaftliche Management der Familienhaushalte sowie die finanzielle Bildung. Viele junge Menschen in benachteiligten Milieus haben nicht gelernt, sich zu organisieren und vorausschauend zu agieren, zu wirtschaften und ihre Konsumwünsche zu steuern. Es mangelt an Verfahrenkenntnissen der Haushaltsproduktion. Es fehlen Markt- und Produktkenntnisse auf Güter- und Finanzdienstleistungsmärkten. Junge Haushalte sind häufig hoch verschuldet. Sie sind zu einer adäquaten Nutzung vorhandener Infrastrukturangebote nicht befähigt. Es fehlt an der Fähigkeit einer realistischen Chancen- und Risikoabwägung. Eltern- und Familienbildung muss deshalb in benachteiligten Sozialräumen auch zugehende Strukturen entwickeln, um Zielgruppen junger Menschen und junger Haushalte zu erreichen. Zielgruppen werden in Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement, mit Jugendämtern und Sozialämtern, Ärzten und Kliniken, Krippen und Kindergärten (etc.) zu erreichen sein. Es gibt wohl ein unteres Bevölkerungssegment der „verwalteten Armut“, das Eltern- und Familienbildung nicht erreichen kann. In diesem Segment ist aufsuchende Familienpflege gefordert.

Wegen des wirtschaftlichen Bildungsdefizits hat die Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (dgh) den Verbänden und Organisationen der Eltern- und Familienbildung auf ihrer Jahrestagung im Herbst 2004 vorgeschlagen,

22) Bertsch/Werner Just, Für eine Offensive der wirtschaftlichen Bildung und Beratung, in: NDV Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Februar 2005.

eine gemeinsame Arbeitsebene von Wissenschaft und Praxis, zwischen Familien- und Haushaltswissenschaftler/innen und Fachleuten der Bildungseinrichtungen zu schaffen. Eine solche Kooperation wäre gut geeignet, das Defizit an wirtschaftlichen Bildungskompetenzen aufzuarbeiten. Der Jugend- und Familienpolitik ist zu empfehlen, diese Initiative zu unterstützen.

Das inhaltliche Bildungsdefizit weist bereits auf ein operatives Defizit hin. Die aufsuchende dezentrale Bildungsarbeit der Eltern- und Familienbildung muss ganz entschieden gegenüber den Bildungsangeboten in den Kommstrukturen der Einrichtungen verstärkt werden. Nur dann sind gefährdete Bevölkerungsschichten und neue Zielgruppen zu erreichen. Dies gelingt am besten in Joint Ventures mit Trägern der kulturellen, der sozialen und gesundheitlichen Infrastruktur. Aufsuchende Strukturen können zum Beispiel auf der gesamten Linie der kindlichen Sozialisation geschaffen werden, in Situationen, in denen junge Eltern erreichbar und ansprechbar sind. Zu denken ist etwa an Joint Ventures mit Kliniken und eine Bildungsansprache junger Frauen und Männer bei der Geburt eines Kindes. Von Piorkowsky wird ein „Konzept der Elternschulen für den Alltag“ zusammen mit einer Geburtsklinik erprobt.²³ Zu denken ist an eine gemeinsame Elternarbeit mit Erziehern/innen in Krippen und Kindergärten. Zu denken ist schließlich an eine Aktivierung der Elternarbeit gemeinsam mit Lehrern/innen an Schulen. Ansätze zeigen, dass dies möglich ist. Man muss bereit sein neue Wege zu beschreiten.

Präventionsprojekt der Kinder- und Jugendärzte

In diesen Zusammenhang ist auch das gesundheitspolitische Projekt der Kinder- und Jugendärzte zu stellen. Die Ärzte verlangen eine Gesundheitsförderung und eine Gesundheitserziehung in Kindertagesstätten und an Schulen. Sie fordern für diese Einrichtungen Betriebsärzte. Bei überforderten jungen Familien schlagen sie eine aufsuchende Fürsorge durch den öffentlichen Gesundheitsdienst vor. Außerdem bringen sie ein Schulfach „Familienkunde“ zum Vorschlag. Dieser korrespondiert mit einer Reihe ähnlicher Vorschläge, denen gemeinsam ist, dass sie Kinder lebensstüchtiger machen wollen. An die Gesundheitsministerkonferenz der Länder richtet sich die Empfehlung, das Präventionsprojekt der Kinder- und Jugendärzte aufzugreifen.²⁴

23) Bertsch/ Piorkowsky, Impulse für die neue Politik der Sozialen Stadt, hier: Konzept der Elternschulen für den Alltag (S. 36), a.a.O.

24) Klaus Gritz, a.a.O

Familienpflegeeinsätze in Sequenzen

Wir haben von den äußerst kritischen Lebenslagen der Gruppe der „verwalteten Armen“ gehört. Der Mangel an Daseinskompetenzen und die defizitären Lebensverhältnisse wurden meist schon sozial vererbt. In den betroffenen Familien gilt es vor allem, das Wohl und die Entwicklung der Kinder zu sichern. Hilfe erfordert hier unbedingt aufsuchende Maßnahmen.

Ein Beispiel gibt der Handlungsansatz der sequentiellen Intervention in Multiproblemfamilien. Er wurde vom Fachdienst Familienpflege des Deutschen Caritasverbands im Rahmen des Armutspräventionsprogramms der Bundesregierung entwickelt und erfolgreich erprobt.²⁵ Der neue Handlungsansatz lässt sich wie folgt beschreiben:

- Familienpflegeeinsätze erfolgen in vier Phasen (Vorbereitung, Intensiveinübung, Stabilisierung und Überprüfung) in Form einer sequentiellen Intervention. Der Zeitrahmen erfordert mindestens 200 Stunden, flexibel verteilt über Wochen und Monate. Erforderlich sind konkrete Zielvereinbarungen mit den Familien, kleine Arbeitsschritte und die Konzentration auf ausgewählte Aspekte der Haushalts- und Familiensituation. Es geht um systemverändernde Familienpflegeeinsätze.
- Die Familienpflegeeinsatzstellen kooperieren insbesondere mit Jugendämtern, Sozialämtern, Erziehungsberatungsstellen und der Sozialpädagogischen Familienhilfe.
- Die Zielgruppenansprache erfolgt unter anderem über Einrichtungen der Schuldner-, der Erziehungs-, der Schwangeren- und der Ehe- und Lebensberatung, über Kindertagesstätten, über Ärzte, sozialpsychiatrische Dienste und die Sozialpädagogische Familienhilfe. Zu den Zielgruppen gehören auch sehr junge Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern.
- Die Arbeit der Familienpfleger/innen erfolgt mit den Familien in deren Alltag. Gelerntes kann von den Familien im eigenen Haushalt unmittelbar umgesetzt werden. In der Arbeit vermittelt werden vor allem Fähigkeiten in den Bereichen Alltagsbewältigung, hauswirtschaftliche Organisation, Umgang mit Geld, Pädagogik, Hygiene, Gesundheit und Pflege (Säuglings-, Kinder-, Kranken- und Altenpflege).

Die sequentielle Familienpflege sollte insbesondere in den belasteten Milieus der Stadt-

25) Michael-Burkhard Piorkowsky, Konzentrierte Aktion zur Armutsprävention – das erste Armutspräventionsprogramm der Bundesregierung – Evaluation von hauswirtschaftlichen Praxis- und Bildungsprojekten, in: Materialien Band 5 der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft (Hg.), Bonn 2004.

teile des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ eingesetzt werden. Es wäre unverantwortlich, würde man das neue Instrument der sequentiellen Familienpflege in desorganisierten Familiensituationen nicht nutzen.

Beratung von Überschuldeten und Verschuldeten

In Stadtgebieten, in denen sich sozial schwache Schichten sammeln, setzen sich bei einer anhaltend schwierigen Beschäftigungslage Verarmungsprozesse in privaten Haushalten vermutlich weiter fort, selbst wenn lokale Arbeitsagenturen bzw. Arbeitsgemeinschaften erfolgreich zu arbeiten beginnen. Für wirtschaftlich schwache junge Familienhaushalte, die sich im Aufbau befinden, liegt das Risiko, dass Überziehungs- und Ratenkredite zu einer zu teuren und zu hohen Kreditverschuldung führen und in eine Überschuldung mit mangelnder Zahlungsfähigkeit umschlagen, besonders hoch. Im Falle von Überschuldung kann Schuldnerberatung helfen. Schuldnerberatung wird jedoch nicht mehr überall angeboten. Länder und Kommunen schränken ihre finanzielle Förderung der kostenlosen Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung in einer Situation ein, in der ein Ausbau der Beratungskapazitäten dringend geboten wäre. Man sollte sich darauf verständigen, wenigstens in Sozialräumen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“, in denen der Bedarf an Beratung besonders groß ist, leistungsfähige Schuldnerberatungsstellen vorzuhalten.

Überschuldete Jugendliche geben an, dass sie vor allem ein völlig unzureichendes Wissen über die schwerwiegenden Folgen einer zu hohen Verschuldung in die Überschuldung schlittern ließ.²⁶ Für unerfahrene junge Haushalte ist dies nicht der einzige, bestimmt aber ein wesentlicher Grund, in eine Überschuldungssituation mit einem Leben an der Pfändungsfreigrenze zu geraten. Angesichts einer höheren privaten Eigenverantwortung und noch zunehmender Risiken der privaten Lebensführung ist die Beratungslücke einer präventiven Einkommens- und Budgetberatung in Deutschland besonders folgenreich. Eine präventive Einkommens- und Budgetberatung wäre insbesondere in benachteiligten städtischen Sozialräumen wirksam. Sie könnte in Form einer Öffnung der Schuldnerberatung eingeführt werden, für die vielen Haushalte, die zwar verschuldet, aber noch zahlungs- und handlungsfähig sind, bei denen eine private Insolvenz also noch abgewendet werden kann. Pilotprojekte zeigen, dass eine unabhängige präventive wirtschaftliche Beratung nicht nur

notwendig ist, sondern von der Bevölkerung auch angenommen werden würde.²⁷

10. Interessen – Verantwortung – Liebe

Leben, Lernen, Lieben – darin sind die Wünsche, die Ziele, die Herausforderungen, darin ist der Lebensentwurf einer jungen Familie beschlossen. Allein, bei der Umsetzung stellen sich auf der Zeitachse Hindernisse ein. Es wird für Eva und Adam nicht leicht sein, das gemeinsame Projekt ihrer jungen Familie in den Gegenströmungen des täglichen Lebens zu steuern. Es gibt intervenierende Kräfte, die es Eva und Adam ermöglichen, den Kurs ihrer Partner- und Elternschaft immer wieder von neuem zu justieren. Es sind drei Hebel, die auf das Geschehen Einfluss nehmen: die individuellen Interessen der Familienmitglieder, die für und in der Familie übernommene persönliche Verantwortung und die Liebe zwischen Partnern und zwischen Eltern und Kindern.²⁸

27) Michael-Burkhard Piorkowsky, Präventive Einkommens- und Budgetberatung, Das Bundes- und Landesmodellprojekt in Rostock – Evaluationsbericht, Materialien Band 1 der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft (Hg.), Bonn 2002.

28) Frank Bertsch, Versuch über die Binnensteuerung von privaten Haushalten und Familien, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, Europäische Zeitschrift für Haushaltsökonomie, Haushaltstechnik und Sozialmanagement, 52. Jg., 3. Quartal 2004.

Frank Bertsch, Eine Familienpolitik für junge Familien, in: NDV Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Juni 2004.

Bertsch/Piorkowsky, Impulse für die neue Politik der Sozialen Stadt, in: APuZ aus Politik und Zeitgeschichte, Themenausgabe Städtepolitik, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.), 3/2005 vom 17.01.2005.

Klaus Gritz, Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte, Köln, Pressekonferenz vom 20.03.2002.

Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, „Lebenslagen in Deutschland“, Kapitel A VII.2.2 und Kapitel A III.3.2, Berlin 2005.

Franz Walter, Artikel „Wer gibt Danton an?“, in: Süddeutsche Zeitung vom 22.03.2004.

Uta Meier-Gräwe, Prekäre Lebenslagen Alleinerziehender und sozialstaatliche Interventionen, in: Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (Hg.): Familienpolitische Informationen EAF, Nr.1 Jan./Febr 2005, Berlin.

Hartmut Häußermann, Umbauen und Integrieren – Städtepolitik heute, in: APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte, Themenheft Städtepolitik, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), 3/2005 vom 17.01.2005.

Hartmut Häußermann, a.a.O.

Bertsch/Piorkowsky, Impulse für die neue Politik der sozialen Stadt, in: APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte, Themenheft Städtepolitik, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament der Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), 3/2005 vom 17.01.2005.

Deutsches Institut für Urbanistik, Strategien für die Soziale Stadt, Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“, Bericht der Programmbegleitung Kapitel 6.1, Berlin 2003.

Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, a.a.O., Kapitel B III.7, Berlin 2005.

26) Elmar Lange, Jugendkonsum im 21. Jahrhundert, Wiesbaden 2004.

E&C Fachforum: Junge Familien im Brennpunkt – Förderung und Unterstützung von jungen Familien in E&C-Gebieten
Dokumentation der Veranstaltung vom 18. und 19. April 2005 in Berlin

Interessenlagen der Familienmitglieder unterscheiden sich. In den Prozessen der Individualisierung sowie der Mitwirkung und Teilhabe in modernen Gesellschaften werden sich die Partner wie deren Kinder ihrer persönlichen Rechte und Interessen bewusst. Diese wollen in einer Familie immer wieder von neuem berücksichtigt werden. Individuelle Interessenwahrnehmung verlangt jedoch nach einer ebenso deutlichen sozialen Bindung in der Familie, wenn sie nicht zu Egozentrik mutieren soll.

Selbst gewählte und bewusst übernommene Verantwortung für sich und andere setzt Daseinskompetenzen voraus, die das Verhalten und Handeln orientieren. Die persönliche Verantwortung von Partnern wie – in altersgemäßer Abstufung – von Kindern hält Familien als organisierte Gemeinschaften zusammen und verleiht selbständig agierenden Familienmitgliedern Rückhalt. Wo die Fähigkeit und Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung schwach ausgebildet ist, droht ein Zerfall der Familie.

Evas und Adams Liebe zueinander lässt Bindungsfähigkeit entstehen und gibt der Partnerschaft wie dem Projekt eines gemeinsamen Haushaltsaufbaus Halt. Wechselseitiges Verstehen und Geborgenheit in der Nähe des anderen führen bei beiden Partnern zu innerer Stärke, einer optimistischen Haltung und

zu Vertrauen in die Zukunft. Die Liebe des anderen trägt dazu bei, eine erlebte schwierige Welt zu verarbeiten. Die Bereitschaft, Verhalten zu korrigieren und sozial zu lernen, sich in Konfliktsituationen aufeinander zuzubewegen und Kompromisse auszuhandeln, wird in entscheidendem Maße von beider Liebe inspiriert. Liebe motiviert zu Übereinkünften in Fragen der privaten Lebensführung. Wenn die Liebe weicht, droht der Auseinanderfall.

Im Tagebuch von Käthe Kollwitz findet sich unter dem Datum des 1. Januar 1925 ein Vers aus dem Tagebuch Johann Wolfgang von Goethes:

*Wir stolpern wohl auf unserer Lebensreise
Und doch vermögen in der Welt, der tollen,
Zwei Hebel viel aufs irdische Getriebe:
Sehr viel die Pflicht, unendlich mehr die
Liebe.*

Kontakt:

MR a.D. Frank Bertsch

Dalienweg 4

53639 Königswinter

Telefon: 0224/ 480 2 87

Email: frank.bertsch@gmx.de

Deutsches Institut für Urbanistik, a.a.O., Kapitel 6.2.

Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, a.a.O., Kapitel B III.7; B IV.3; B V.2, Berlin 2005.

Bertsch/ Piorkowsky, a.a.O.

Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, a.a.O., Kapitel A II.2.4, Berlin 2005.

Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, a.a.O., Kapitel A V.4, Berlin 2005.

Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, a.a.O., Kapitel B III.4, Berlin 2005.

Bertsch/ Just, Für eine Offensive der wirtschaftlichen Bildung und Beratung, in: NDV Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Februar 2005.

Bertsch/ Piorkowsky, Impulse für die neue Politik der Sozialen Stadt, hier: Konzept der Elternschulen für den Alltag (S. 36), a.a.O.

Klaus Gritz, a.a.O

Michael-Burkhard Piorkowsky, Konzentrierte Aktion zur Armutsprävention – das erste Armutspräventionsprogramm der Bundesregierung – Evaluation von hauswirtschaftlichen Praxis- und Bildungsprojekten, in: Materialien Band 5 der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft (Hg.), Bonn 2004.

Elmar Lange, Jugendkonsum im 21. Jahrhundert, Wiesbaden 2004.

Michael-Burkhard Piorkowsky, Präventive Einkommens- und Budgetberatung, Das Bundes- und Landesmodellprojekt in Rostock – Evaluationsbericht, Materialien Band 1 der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft (Hg.), Bonn 2002.

Frank Bertsch, Versuch über die Binnensteuerung von privaten Haushalten und Familien, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, Europäische Zeitschrift für Haushaltsökonomie, Haushaltstechnik und Sozialmanagement, 52. Jg., 3. Quartal 2004.

E&C Fachforum: Junge Familien im Brennpunkt – Förderung und Unterstützung von jungen Familien in E&C-Gebieten
Dokumentation der Veranstaltung vom 18. und 19. April 2005 in Berlin